

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 68 (1997)
Heft: 1

Artikel: Jahrestagung der SZF (Schweizerische Gesellschaft für
Zukunftsforschung) : Visionen einer sozialen Schweiz
Autor: Johner Bärtschi, Eva
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-812286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahrestagung der SZF (Schweizerische Gesellschaft für Zukunftsforschung)

VISIONEN EINER SOZIALEN SCHWEIZ

Von Eva Johner Bärtschi

Betriebsschliessungen und Entlassungen. Angst vor dem Niedergang des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Verarmung und Zweiklassengesellschaft. Leere Kassen bei den Sozialversicherungen. Zunehmende Gewaltausbrüche und politische Repression. Schlagworte, wie sie in den Medien täglich zu hören und zu lesen sind!

Und all dem sollen nun «Visionen einer sozialen Schweiz» entgegengestellt werden, wie das Thema der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Zukunftsforschung (SZF) lautete, die am 13. November im Kongresshaus in Zürich stattfand. Ein erster Grund, nach Visionen zu suchen, ist nach Dr. Christian Lutz, Direktor des Gottlieb Duttweiler Instituts, folgender: «Je mehr wir von Ängsten beherrscht sind, desto wichtiger ist es, sich von ihnen freizuschwimmen, nach ganz anderen, kreativen Lösungen zu suchen und ihnen in der Diskussion eine Chance zu geben.» Dazu kommt, dass es sich inzwischen auch in der Wirtschaft herumgesprochen hat, dass Visionen nicht nur etwas Weltfremdes und damit Unseriöses an sich haben, sondern dass sie in Zeiten der Krisen und des Wandels geradezu etwas Überlebenswichtiges sind: dass sie den Blick weiten auf wünschbare «Zukünfte» als Ergebnis gemeinsamen Handelns.

An der Schwelle...

In seinem Einführungsreferat versuchte Dr. Christian Lutz eine Diagnose der aktuellen Problematiken, vor deren Hintergrund sich erst die Vision einer sozialen Schweiz aufbauen liesse.

1. Der Höhenflug der Schweiz – der schweizerischen Wirtschaft, des schweizerischen Sicherheitsdenkens, des vollausgebauten Sozialnetzes – ist vorbei. Man wird sich daran gewöhnen müssen, zurückgestutzt zu werden – auch in sozialpolitischer Hinsicht.

2. Dasselbe gilt insgesamt für Westeuropa.

3. Der entfesselte Kapitalismus reagiert nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums die Welt: was allein zählt, ist, so Lutz, «die Maximierung der Rendite der Kapitalbesitzer und, in Ableitung davon, der Einkommen ihrer Lakaien im Top-Management.» Auf längere Sicht wird dies zum Verschwinden der Arbeit in unserer Gesellschaft

führen. Eine gerechtere Verteilung der verbleibenden Arbeit liegt zudem nicht im Interesse der Kapitalisten.

4. Heute stehen wir an einer Schwelle, so Christian Lutz: *Das Industriezeitalter geht an seinen eigenen Erfolgen zugrunde.* Die Komplexitätsspirale, die sich immer schneller dreht, verlangt von den Industriegiganten Anpassungen, die letztlich in Handlungsunfähigkeit und Anschlusslosigkeit enden. Lockere Netzwerke mit kleinen, autonomen Zellen, die sich in einer begrenzten, vertrauten Umwelt entfalten, werden an ihre Stelle treten. Der Umbruch, der heute stattfindet, äussert sich in Stellungskrieg und Rückzugsgefechten derjenigen, die den Status quo verteidigen – aus Eigennutz, aus Angst, aus Überforderung.

Wie immer man auch das Problem beschreibt, die Lösung, so Christian Lutz, muss in derselben Richtung gesucht werden: *«Es geht immer um die Quadratur des Kreises, auf der einen Seite Kräfte freizusetzen und zu verstärken, die aus sich heraus Tausende von Innovationen, Initiativen und Investitionen entwickeln, und auf der anderen Seite soziale Auffang- und Dienstleistungsnetze zu errichten, die soziale Not verhindern, aber ohne die Anreize zur Eigeninitiative zu schmälern.»*

Neuorientierung des Sozialstaates

Dr. Peter Füglistaler und Dr. Maurice Pedergnana präsentierten anschliessend die Studie «*Vision einer sozialen Schweiz. Zum Umbau der Sozialpolitik*», die vom SZF in Auftrag gegeben wurde und in diesem Jahr erschienen ist. Die Autoren stellen fest, dass durch das Ende der Wachstumsphase in der Wirtschaft eine Verengung des Handlungsspielraumes in der Sozialpolitik stattgefunden hat. Stetig wachsenden Ansprüchen, sowohl in Bezug auf die Leistungen als auch auf die Menge der Gesuchsteller, steht die schrumpfende

Finanzierungsbasis (Zahl der Erwerbstätigen) gegenüber. Die Sozialpolitik der Schweiz steht also vor grossen Herausforderungen. Die Wissenschaftler plädieren weder für Ab- noch für Ausbau des Sozialstaates. Was sie suchen, ist ein Modell, das eine gleichgewichtige Entwicklung von traditionellen und neuen Formen der sozialen Sicherung anstrebt. Der Sozialstaat ist zu erhalten und zu reformieren; er muss durch Wirksamkeitskontrollen und Kosten-Nutzen-Analysen unbedingt zu Effektivität und Effizienz verpflichtet werden. Weitere Stichworte: Hilfe zu Selbsthilfe, Stärkung der Selbstverantwortung, Freiwilligenarbeit, Sozialzeit.

“**Das Industriezeitalter geht an seinen eigenen Erfolgen zugrunde.**”

Mit konkreten Vorschlägen in verschiedenen Massnahmebereichen wird diese Neuausrichtung des Sozialstaates verdeutlicht. In Bezug auf den Gemeinschaftsdienst machen die Autoren den Vorschlag, dass alle Einheimischen, das heisst Schweizer und niedergelassene Ausländer, während mindestens 500 Tagen soziale Leistungen im Dienste der Gemeinschaft erbringen. Als weitere Massnahme wird die Trennung zwischen Existenzsicherung und Lebensstandardsicherung im Alter vorgeschlagen. Eine Einheitsrente würde das Existenzminimum garantieren, die berufliche Vorsorge, im privaten Bereich, würde für die Erhaltung des Lebensstandards eingesetzt werden können. Die teils gigantischen Vermögen, die nicht durch eigene Arbeit, sondern durch die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Laufe eines Lebens angehäuft werden können, sollten mittels Erbschafts- und Schenkungssteuern teilweise wieder an den Staat zurückfliessen. Ein weiterer, wichtiger Punkt in diesem Massnahmenkatalog ist der soziale Schutz für Familien und Kinder. Auch im Arbeitsmarkt wird aktives Handeln verlangt: sowohl von den Erwerbslosen bei der Arbeitssuche als auch von den Ämtern, die Hilfen bieten sollen zum raschen Neu- und Wieder-

einstieg. Das Ziel der Invalidenversicherung und der Fürsorgeämter – Wiedereingliederung vor Rente – sei nur durch aktive Arbeitsmarktmassnahmen, das heisst 75 000 Plätze für Arbeitseinsätze, zu erreichen. Die öffentliche Sozialhilfe muss mittels moderner Methoden (Leistungsverträge mit Privaten) effizient gestaltet werden, aber auch der privaten Sozialhilfe kommt grosse Bedeutung zu.

Ihre Vision der sozialen Schweiz, so die Autoren abschliessend, liege im Pragmatismus, in der hartnäckigen Arbeit, den Sozialstaat zu erhalten und zu reformieren.

Lücken schliessen, Schwachstellen verbessern

Frau Dr. Ursula Hafner, Nationalrätin, legte in ihrem Referat die sozialpolitischen Standpunkte der sozialdemokratischen Partei der Schweiz dar. Erstes Ziel muss ihrer Ansicht nach die Verhinderung von Armut sein: mit einer guten Bildungspolitik, mit einer besseren Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, insbesondere mit einer gerechteren Verteilung der Arbeit. In den letzten Jahren habe eine gewaltige Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben stattgefunden: der soziale Ausgleich werde deshalb immer notwendiger. Einen Abbau des Sozialstaates hält sie für verfehlt: er «darf nicht ausgerechnet dann beschnitten werden, wenn die Menschen am meisten darauf angewiesen sind.» Ihr (wie auch der Arbeitsgruppe der SP, die den Bericht zur Zukunft und Finanzierung des Sozialstaates erarbeitet hat) scheint der Zeitpunkt für eine Totalreform oder einen radikalen Umbau ungünstig. Sie möchte im bestehenden Sozialversicherungsnetz Lücken schliessen (zum Beispiel Mutterschaftsversicherung) und Schwachstellen verbessern; parallel dazu muss aber beim Gesundheitswesen die Kostenexplosion gebremst werden. Als Finanzierungsquelle für die Sozialwerke muss nach Ansicht der SP die Mehrwertsteuer erschlossen werden. Auch eine eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Besteuerung nicht erneuerbarer Energieträger müssten zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen.

Der soziale Schirm der Unternehmungen

Welchen Beitrag die Unternehmungen zu einer sozialen Schweiz leisten könnten, darüber referierte Dr. Peter Kofmel, Nationalrat, Vertreter des Solothurner Freisinns, in seiner Ansprache «Soziale Sicherheit: Wer soll Was bezahlen?» Für

ihn sind strukturelle Änderungen in bezug auf Abgabe- und Steuersysteme nötig; insbesondere aber tendiert er auf die «Abschaffung» der heutigen Anspruchsmentalität. Die Kosten der sozialen Sicherheit sind nicht von der öffentlichen Hand, sondern grundsätzlich von den Individuen selbst zu tragen. Daneben muss auch die (freiwillige) Solidarität zum Tragen kommen: in Form der gegenseitigen Hilfe in Familie, Lebensgemeinschaften und Quartieren. Dabei spielen auch Unternehmungen eine wichtige Rolle: «...ihr sozialer Schirm löst die staatlichen sozialen Hängematten ab.» Eines braucht es, um diese Aufgabe wahrnehmen und um überhaupt auch dem ersten Auftrag eines privatwirtschaftlich geführten Unternehmens nachkommen zu können, nämlich nachhaltig Gewinn zu erzielen: Macher und Macherinnen dürfen möglichst wenig am nachhaltigen Erwirtschaften von Gewinnen gestört werden. Kurz zusammengefasst Peter Kofmel: «Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.» Oder «Gewinne zu erwirtschaften, ist sozusagen Prophylaxe für den Sozialstaat.» Denn wenn die Unternehmungen Gewinne erwirtschaften, können sie in verschiedener Hinsicht sozial aktiv werden und

die Qualität der Arbeitsplätze erhöhen, was ihnen wiederum bessere Mitarbeiter zuführt, mit denen sie konkurrenzfähig bleiben und mehr Gewinn erwirtschaften... Und schliesslich hat das Unternehmen die Möglichkeit, die Mitarbeitenden, als höchste Form der Selbstverantwortung, zu Kapitalisten zu machen, ihnen die Partizipation an der Firma anzubieten.

Den Sozialstaat unnötig machen

Auch Beat Kappeler, freier Publizist und früherer Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, hält nicht viel vom heutigen Sozialstaat: er sieht ihn «als Agentur mit dem Auftrag, sich selbst unnötig zu machen». Für ihn ist die emanzipatorische Befreiung des Individuums seit der Aufklärung gescheitert, wenn man sich klar macht, dass «fast die Hälfte der Einwohner des reichsten Landes dieses Kontinents armengemässigt ist – abhängig von direkten Leistungen des Staates: Alte, Bauern, Wohlfahrtsempfänger, Krankenkassen-Prämiensubventionierte, Kranke, Verunfallte, Invalide, Arbeitslose.» Er sieht drei Wege, den Sozialstaat unnötig zu machen: Vermögensbildung, Vermögensstreueung, Befähigung (Enabling).

Dr. Peter Füglistaler-Wasmer / Dr. Maurice Pedergnana-Fehr

Vision einer sozialen Schweiz

Zum Umbau der Sozialpolitik

184 Seiten, 19 Abbildungen, kartoniert Fr. 38.–
ISBN 3-258-05363-4

Die Sozialpolitik steht vor grossen Herausforderungen. Gesellschaftliche Entwicklungen wie die zunehmende Alterung oder die beschleunigten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen zu stetig grösseren Ansprüchen gegenüber dem Sozialstaat, während die Finanzierungsbasis, das heisst die Zahl der Erwerbstätigen, welche den Sozialstaat finanzieren, erodiert.

Die bisherige Entwicklung des Sozialstaates setzte auf eine fortschreitende Monetarisierung: Immer mehr Leistungen werden über die Sozialversicherungen finanziert; es besteht ein anhaltender Druck, finanziell nicht abgegoltene Leistungen in das Sozialversicherungssystem miteinzubeziehen; gleichzeitig werden die sozialen Dienstleistungen zunehmend professionalisiert und verdrängen private Hilfeleistungen. In diesem Zwiespalt sind neue Lösungen gefordert. Sie können weder in der einseitigen finanziellen Sanierung durch massiven Leistungsabbau, noch im weiteren Ausbau fern jeder Finanzierbarkeit liegen.

Gesucht wird ein Modell, welches eine gleichgewichtige Entwicklung von traditionellen und neuen Formen der sozialen Sicherung anstrebt.

Verlag Paul Haupt, Bern

Vermögensbildung und Vermögensstreuung: Neue Finanzierungstechniken bieten sich als Hilfe für die Vermögensbildung einfacher Leute an: Wohnanteilscheine, Aktien, Wertpapiere, Optionen. So lässt sich leicht Geld sparen, das dann beispielsweise in Form von Wohnbesitz angelegt werden kann. Kappeler propagiert ebenfalls Eigentumsbildung durch Besitz an Produktionsmitteln, indem ein Teil des Lohns als Beteiligung an Gewinn und Kapital ausbezahlt wird. Voraussetzung ist, so Kappeler, eine «gründliche kontinentale Öffnung für die finanzielle Überhöhung des Finanzlebens – also das, was man eine ‚Aktienkultur‘ nennt.» Diese Vermögensbildung würde die Sicherheit im Alter erhöhen, das überlastete Umlageverfahren der AHV könnte durch die Kapitalbildung privat und in der 2. Säule abgelöst werden. Auch andere Sozialversicherungen (Arbeitslosenversicherung, Krankentaggelder, Mutterschaft) könnten durch längere Karenzfristen spürbar entlastet werden.

Enabling – Selbststeuerung: Das bedeutet in erster Linie, die Menschen nicht künstlich und beschleunigt aus dem Arbeitsmarkt zu entfernen: keine Frühpensionierungen, keine Vorruhestandsrenten. Denn, so Kappeler, knappe Arbeit kann nicht umverteilt werden, sondern: «...die Arbeit schafft Arbeit, sie pumpt Kaufkraft in den Kreislauf, reduziert die Sozialabgaben und trägt

erst noch neue Prämien zum Sozialstaat bei.» Dazu muss eine aktive Arbeitsmarktpolitik kommen: keine Bezahlung der Arbeitslosen fürs Fernbleiben, sondern hinein in die Betriebe, mit Einarbeitung, Stages, Teilzeit, Zuschüssen bei Lohneinbussen. Dagegen müssten Dauer und Höhe der Unterstützung gesenkt, die Zumutbarkeit erhöht werden. Tagesschulen würden es auch den Frauen erlauben, soviel zu arbeiten, wie sie wollen: viel neues Erwerbsvolumen könnte gewonnen, viel private Vermögensbildung darauf aufgebaut werden.

Trennung von Grundversorgung und Arbeit

Die Vision, die Kappeler von einer zukünftigen schweizerischen Gesellschaft entwirft, beruht meines Erachtens weitgehend auf der Voraussetzung eines weiteren Wirtschaftswachstums verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im europäischen Bereich. Gerade diese Voraussetzung ist für Erwin Jerusalem, Sprecher des Liberalen Forums von Österreich und Bankmanager, nicht mehr gegeben. Er kommt in seinem Referat «Abkoppelung der Grundversorgung von der Arbeit» zum Ergebnis, dass «einzig und allein ein beherzter Rationalisierungsschub unsere Konkurrenzfähigkeit im globalen Rahmen erhalten kann», das heisst überall, wo es möglich ist,

muss Hochtechnologie eingesetzt werden. Die freiwerdenden Arbeitskräfte werden aber auch im Dienstleistungssektor nicht absorbiert werden können. Wie also liesse sich ein solcher Rationalisierungsschub sozial verkraften? Für Erwin Jerusalem ist entscheidend, dass einerseits die Inlandsnachfrage intakt gehalten und dass andererseits dem im Arbeitsprozess nicht mehr benötigten Menschen eine Perspektive vermittelt werden kann. Beides könnte die von ihm postulierte Abkoppelung der Grundversorgung von der Arbeit leisten – eine Idee, die schon von Thomas Paine zur Zeit der französischen Revolution vorgebracht worden ist. Jedem Menschen, so Erwin Jerusalem, ob arm oder reich, stünde ein Grundeinkommen zu, eine Grundrente, womit er sein Überleben sichern könnte. Wer mehr verdienen, seinen Wohlstand erhöhen will, kann das tun – das bliebe der individuellen Leistung durch bezahlte Arbeit überlassen. Die Grundrente nimmt dem Menschen die Existenzangst, die Lebensgestaltung aber wird ihm in alleiniger Verantwortung überlassen. Diese Idee, von Erwin Jerusalem beredt und engagiert vorgetragen und mit viel Zahlenmateriel untermauert, fand grosse Aufmerksamkeit: eine radikale Vision, beruhend auf der Erkenntnis, «dass es nicht möglich sein wird, sicherheitshalber alles beim alten zu lassen» (Erwin Jerusalem). ■

MÜNDIGER BÜRGER ODER HOMO OECONOMICUS?

Von Eva Johner Bärtschi

Anschliessend an die Delegiertenversammlung LAKO Sozialforum Schweiz fand am 22. November 1996 in Bern eine Fachtagung statt, die unter dem Thema stand: «Von der Sozialhilfe zum Sozialmarkt: Veränderungen im Sozialbereich durch die Vergabe von Leistungsaufträgen.»

Im Zuge des New Public Managements (NPM) hat die öffentliche Hand, als neue Finanzierungsform sozialer Leistungen, mit der Vergabe von Leistungsaufträgen begonnen. Vorgestellt wurden erste Erfahrungen mit Leistungsverträgen sowohl im Gesundheits- und Altersbereich als auch im

Bereich der Arbeitslosenprojekte. Von der Auftraggeberseite her sprachen Marie-Therese Furrer und François Huber vom Bundesamt für Sozialversicherung, Bern, ebenso Dominique Babey, BIGA, Bern; von der Vertragsnehmerseite her informierten Karl Suter, Schweiz. Rotes Kreuz, Bern, und Hannes Lindenmeyer, Schweiz. Arbeiterhilfswerk (SAH), Zürich¹. Dabei zeigte sich deutlich, dass bei der Einführung der Instrumente des NPM in verschiede-

ner Hinsicht zwar neu gedacht, aber oft noch alt gehandelt wird.

Auf besonderes Interesse stiess das Referat «Staatspolitische und staatsrechtliche Fragen zur neuen Führung mit Leistungsauftrag» von Prof. Dr. Philippe Mastroradi, Universität St. Gallen, der sich grundsätzlich mit Möglichkeiten und Grenzen der neuen Formen der Beziehungen zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürgern bzw. Organisationen mit privater Trägerschaft befasste.

Ziele und Mittel von NPM

Die Verwaltung, so führte er aus, sei auf der Suche nach Bürgernähe, auf der Suche nach Zusammenarbeit, welche das bisherige autoritäre Subordinations-

¹Eine Dokumentation der Tagung mit Referaten und Zusammenfassungen wird im Januar 1997 erscheinen.